

# Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, A. 14, Holbeinstr. 40  
Fernsprecher 21366  
Postfachkonto Leipzig Nr. 14767

**Weggebühren:**  
Ausgabe A mit illustrierter Beilage vierteljährlich 2,50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei! Preis 8,50 M. in Ostpreußen 9,50 M.  
Ausgabe B vierteljährlich 2,50 M. In Ostpreußen und ganz Deutschland frei! Preis 8,50 M. in Ostpreußen 9,50 M.  
Einzel-Nummer 10 Pf.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

**Wichtiges:**  
Annahme des Reichsteilungsplans bis 16 Uhr von Familienangehörigen bis 11 Uhr nachm.  
Preis für die Post-Expedition 40 Pf. in Westpreußen 1 M. Familien-Angehörigen 30 Pf.  
Für unentgeltlich geschickene, sowie durch den Briefträger aufgeborene Anzeigen können wir keine Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Anzeigen übernehmen.  
Erscheinungszeit der Redaktion: 11-12 Uhr nachmittags.

**Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen. Organ der Zentrumspartei.**  
Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

## Bei Reichsminister Erzberger.

Burgzeit Berlin, 28. Mai.

Herr Reichsminister Erzberger hatte die große Liebeshörigkeit, trotz seiner außerordentlichen Inanspruchnahme durch Staatsgeschäfte, mir eine, wenn auch kurze Unterredung zu gewähren. Da die hierbei zur Sprache kommenden Fragen des Friedens sich im Wesentlichen mit den Mitteilungen decken, die unseren Lesern aus meinem Artikel über die deutschen Gegenwärtigen am Mittwoch bekannt sind, beschränke ich mich auf die Wiedergabe der auf die innere Politik bezüglichen Vorgänge, die den Gegenstand unserer Unterredung bildeten. Es interessierte mich vor allem, zu hören, welche Ansichten Reichsminister Erzberger der gegenwärtigen Regierung gibt.

Der Minister äußerte sich folgendermaßen:

Wenn ich sage, daß die gegenwärtige Regierung nach Entwicklung der Dinge die denkbar stärkste ist, die das Deutsche Reich überhaupt haben kann, so werden Sie mir zutrauen, daß ich das nicht sage, lediglich um einen Eindruck solcher Stärke zu erwecken. Die gegenwärtige Regierung ist gebildet von den Mehrheitsparteien, den drei stärksten Parteien Deutschlands. Sie stützt sich auf diese Parteien und die hinter ihnen stehende große Wählermasse, gegen die die äußerste Rechte und äußerste Linke nicht in Frage kommen. Daher ist die gegenwärtige Regierung gegen Angriffe und Aktionen von rechts und links gesichert.

Ich fragte den Minister, ob er derselben Auffassung sei, was den Ausgang der Friedensverhandlungen anging.

Der Minister entgegnete:

Als Antwort fragte ich Sie, ob Sie glauben, daß eine Regierung von rechts oder von links irgend welche Aussicht hat, sich zu halten und einen besseren Frieden zu machen, als die jetzige Regierung? Weder eine Diktatur von rechts noch von links wird in stande sein, die Gegner zu verleiten, Deutschland einen besseren Frieden zu gewähren. Jede der beiden Diktaturen würde in Deutschland und das Chaos bringen und den Alliierten, jedenfalls einer starken Strömung unter ihnen, nicht unerwünscht sein. Wenn Deutschland in ein solches Chaos verfiel, könnte es sich emporarbeiten immer wieder nur an der Hand der drei Mehrheitsparteien. Ohne dieselben ist ein Wiederaufbau des am Boden liegenden Deutschlands nicht möglich. Daher ist es nur ein Ergebnis logischer Überlegung, wenn ich sage: Mag der Friede ausgehen wie er will — das kann heute noch niemand sagen —, die Zusammenfassung der gegenwärtigen Regierung aus Mitgliedern der drei größten Parteien Deutschlands ist die einzige Gewähr für das Arbeiten einer Regierung überhaupt. Ein neues Deutschland ist nur möglich auf der Basis einer solchen Regierung.

Ich fragte den Minister, ob er ohne jeden Vorbehalt an ein neues Deutschland glaube?

Er führte daraufhin mit warmer Überzeugung aus:

Wenn ich nicht an ein neues Deutschland glaube, ein Deutschland, das nach den entscheidenden Ereignissen dieses Krieges von allen imperialistischen Bestrebungen frei geworden ist (während wir daselbe von den Alliierten nicht sagen können, die aus dem Frieden geradezu ein Vollwerk des Imperialismus machen wollen), — ich sage, wenn ich nicht an ein neues, der Arbeit, der Zivilisation und Kultur hingehabenes Deutschland glaube, so sehe ich nicht in der Regierung, und kein einziger meiner Kollegen mit mir. Dieser Glaube ist ja das einzige, was uns über die traurige Lage Deutschlands immer wieder hinweghilft. Aber dieser Glaube ist nicht nur Glaube, er ist Gewißheit. Die Vergangenheit bietet die beste Gewähr dafür, daß unser Volk von Natur aus zur Arbeit und hochgepanneter Leistung begabt ist. Denn das freilich ist die fundamentale Voraussetzung aller Zukunft Deutschlands, daß das ganze Volk, Kopf- und Sonderarbeiter, in Werkstatt, Fabrik und Kontor alle Kräfte bis aufs äußerste anspannen. Die Arbeit muß wieder in ihre heiligen Rechte eingesetzt werden. Nur wenn sich alle Hände regen, haben wir eine Zukunft, wir schaffen sie mit jeder Bewegung der werktätigen Hand selbst. Wenn im ganzen Deutschen Reich alle dieses Ziel vor Augen haben, wenn alle geeint sind in dem Willen, auf diese Weise zum Wiederaufbau des Vaterlandes beizutragen, können wir nicht untergehen. Alle Parteien und Klassen müssen mithelfen, wir müssen in der Arbeit ein einziges Volk sein.

Hier wurde der Minister zu einer Sitzung abberufen. Bevor ich mich verabschiedete, sagte er noch: In einem zweiten Ziel muß das deutsche Volk eben-

falls über alle Parteiunterschiede hinweg einig sein: dem der Einheits des Reichs. Wir haben sie erkämpft wie kein anderes Volk Europas. Unsere Gegner bedrohen dieses unser höchstes Gut, unsere nationale Einheit, indem sie lebenswichtige deutsche Gebietsteile aus dem Körper des Reichs abtrennen wollen. Aber ebenso schwer, wie uns dies treffen würde, ja, in gewissem Sinne noch schwerer muß es das deutsche Volk treffen, wenn Teile des Reichs die Absicht haben sollten, um materieller Vorteile willen dem Reich den Rücken zu kehren. Die unverantwortlichen Kreise, die solche Strömungen ins Leben rufen und fördern, wie wir sie aus der Pfalz und im Rheinland kennen, sehen in ihrer erbärmlichen und feigen Einstellung auf materielle Vorteile nicht, daß sie mit Ueberlegung den Zustand der deutschen Kleinstaaterei wieder herbeiführen, der notwendigerweise zur Abhängigkeit von den Nachbarmächten führt und der vom deutschen Volk mit vieler Mühe überwunden worden ist. Ich stehe nicht an, das Treiben dieser Persönlichkeiten im wahren Sinne des Wortes als hochverräterisch zu bezeichnen. Ich hätte gewünscht, daß dem Ausland nicht vergönnt gewesen wäre, diese Erscheinung gerade in Deutschland festzustellen. Das ganze deutsche Volk wird für ein solches Verhalten von Leuten, die die Rücksichtslosigkeit ihrer Absichten an der Reichstreue der in Betracht kommenden Bevölkerung wohl schon erkannt haben mögen, nur das Wort erbärmlich übrig haben. Die Not allüberall im deutschen Volk ist groß. Darüber gibt es keinen Zweifel. Aber Not eint und das natürliche Empfinden ist, daß man gemeinsame Not gemeinsam trägt und sich nicht um dieses Gemeinsame zu drücken versucht. Wenn diesen Leuten dieses Anstandsgefühl abgeht, so kann es ihnen der Staatsanwalt wieder in Erinnerung bringen. Jeden einzelnen im Volk geht diese Angelegenheit an. Wir müssen alle für die Einheit des Reichs kämpfen, und es ist eine erfreuliche Tatsache, daß sich in dieser Ueberzeugung alle Parteien ohne Ausnahme von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken einig sind. Das Reich wird und kann nicht zusammenfallen an den Treiberien einiger Sonderverräter.

Schon vorher hatte Herr Minister Erzberger mir unter Ueberreichung eines größeren Betrages seinen Beitritt zum katholischen Presseverein für Sachsen als Förderer erklärt. Er will damit zum Ausdruck bringen, wie notwendig er gerade in der Zeit die Unterstützung unserer Zentrumspresse achtet. Paul Schlein.

### Bis an die Grenze des Möglichen.

Von unserem Berliner Vertreter.

Wer den Entwurf der deutschen Gegenwärtigen mit Aufmerksamkeit durchgesehen, muß anerkennen, daß die deutsche Regierung in ihrer Friedensbereitschaft nicht weiter gehen konnte, als es jetzt geschehen ist. Große Opfer wollen wir freiwillig auf uns laden. Man denke nur an die Zahlung von zwanzig Milliarden bis zum Jahre 1926 und weiterer 80 Milliarden im Laufe der nächsten Jahrzehnte. In weiten Volkskreisen wird man gewiß über dieses Anerbieten höchst erstaunt sein und die Frage stellen, ob wir diese Entschädigungssummen überhaupt zu leisten in der Lage sein werden. Auch bei der Entente und in der ganzen Welt wird das deutsche Anerbieten gewiß das größte Aufsehen erregen. Die Gegner werden wohl nicht erwartet haben, daß Deutschland sich zur Tragung einer solchen Riesensumme bereit erklären würde. Es wird auch sicherlich nicht an Stimmen fehlen, die unseren Vorschlag als Puff bezeichnen werden. Aber es ist nicht deutsche Art, die Welt zu täuschen. Die Vertragstreue wird uns heilig sein. Schon während des Waffenstillstandes haben wir den besten Beweis erbracht, daß wir die Verpflichtungen, die wir auf uns nahmen, auch erfüllen. Wenn unsere Gegner ehrlich sein wollten, dann müßten sie zugeben, daß wir mehr geleistet, als sie selber wohl erwartet haben. Deutschland ist auch jetzt bereit, all das zu erfüllen, was es jetzt freiwillig auf sich nimmt. Die Anforderungen an unser Volk werden gewiß groß sein. Deutschland ist verarmt und verelendet, eine gewaltige Schuldenlast haben wir im eigenen Lande zu decken, Kriegervitwen und Waisen und das große Heer der Invaliden wollen unterhalten werden. Singsu kommen noch die Riesenkosten, die wir für Einfuhren vrierer Lebensmittel und Rohstoffe dringend aufbringen müssen. Unsere Regierung und unsere Volksvertretung sind sich keineswegs im Unklaren gewesen über die Größe der Opfer, die wir leisten wollen. Aber der Heroismus unseres Volkes, die Liebe zum Vaterlande sind so groß, daß

wir alle diese Opfer gern auf uns nehmen, wenn wir endlich damit zum Frieden kommen. Verlangen müssen wir aber, daß unsere persönliche Freiheit gewahrt bleibt. Deutschland darf nicht zerstört werden, die Gegner müssen ihre Absichten auf rein deutsche Gebiete aufgeben, denn nur dann erscheint unsere Arbeitskraft gesichert, und nur dadurch haben wir die einzige Möglichkeit, die Werte zu schaffen, die wir zur Aufbringung der Entschädigungssumme brauchen. Unsere Forderung auf Behaltung der strittigen Gebiete im Osten und Westen sind zudem dadurch voll und gerecht, daß alle diese Landesteile rein deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Das gilt für das Saargebiet und die Pfalz, es gilt auch für Oberschlesien, Westpreußen, Danzig, Ostpreußen und für einen Teil von Posen. Wir haben uns damit abgefunden, auch territoriale Opfer zu bringen. Den Verlust von Elb-Lothringen werden wir nicht leicht vermissen, doch finden wir uns auch damit ab, wenn eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit der Bevölkerung entscheidet. Es ist unser ehrlichster Wunsch, endlich eine Streitfrage aus der Welt zu schaffen, die zum Anlaß zweier großer Kriege gewesen ist. Wenn die Bewohner der ehemaligen Reichsländer sich bereit erklären, nach Frankreich zu gehen, Deutschland wird nicht dagegen protestieren, der Schrei nach Gewanche wird nie in unserem Lande und Volke wach werden. Der Wille der Elb-Lothringer soll und wird uns heilig sein. Für das linksrheinische Gebiet verlangen wir sofortige Räumung innerhalb sechs Monaten. Es ist das eine Lebensnotwendigkeit für unser Volk und unsere Industrie. Wir müssen mit dem Rheinlande frei verkehren können. Die Vorgänge in den letzten Wochen in der Pfalz haben auch bewiesen, daß diese Forderung mehr als berechtigt ist. Die Bevölkerung ist allen Abtrennungsgedanken völlig fremd. Unter dem Schutze und der Begünstigung der Besatzungsarmeen nur war es möglich, daß gewisse Kreise an die Aufrufung einer päpstlichen Republik auch nur denken konnten.

Oberschlesien ist deutsch. Die Bevölkerung hat in den letzten Tagen wiederholt und feierlich erklärt, beim Reich zu bleiben zu wollen. Ein himmelschreiendes Unrecht wäre es, wenn trotzdem von unseren Feinden verlangt werden sollte, das Gebiet an Polen abzutreten. Was für Schlesien gilt, gilt auch für West- und Ostpreußen. Deutschland wird sich niemals bereit erklären können, diese Lande an fremde Herren abzutreten. Wenn wir trotzdem die Abstimmung vorge schlagen haben, so geschah das aus dem Grunde, um auch hier unseren ehrlichen Friedenswillen zu bezeugen. Auch hier wird das Resultat der Abstimmung für uns bindend sein. In der Danziger Frage hat unsere Regierung wirklich das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt. Selbst die Feinde werden das zugestehen müssen. Weiter konnten wir nicht gehen. Die Polen haben keinerlei Anspruch auf diese urdeutsche Stadt und auf seinen Hafen. Aber trotz alledem wollen wir ihnen Gleichberechtigung dort zugestehen, sie können eigene Hafenanlagen erbauen oder schon vorhandene pachten. Ihre Waren sind so frei wie die unsrigen. Selbst für Eisenbahnen und die Benutzung der Weichsel in ihrem deutschen Lauf gewähren wir ihnen große Zugeständnisse. Die Ansprüche der Polen hätten wirklich nicht besser berücksichtigt werden können, als es in unseren Gegenwärtigen geschieht.

Auch in allen anderen Fragen hat unsere Regierung überall nachgegeben. Deutschland will sich völlig wehrlos machen, die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und nur so viel Soldaten halten, wie die Entente uns gestattet. Alle Kriegsschiffe liefern wir aus. Wo in der Geschichte hat ein Volk jemals einen besseren Beweis seiner aufrichtigen Friedensliebe erbracht?

Nun liegt es bei unseren Gegnern, die Entscheidung zu fällen. Die deutschen Gegenwärtigen sind von dem Wunsch, allen gerecht zu werden, diktiert. Ob die Feinde das erkennen werden? Wenn sie jetzt trotz unserer Nachgiebigkeit, trotz aller Opfer, die wir freiwillig auf uns genommen, noch immer auf ihrem Vernichtungswillen bestehen sollten, dann haben sie auch die Verantwortung zu tragen, wenn der Friede nicht zustande kommt. Die ganze Welt wird anerkennen, daß Deutschland unmöglich mehr tun konnte, als geschehen ist. Wir sind bis an die Grenzen des Möglichen gegangen. Mit ruhigem Gemüthe dürfen wir in die Zukunft schauen. Wie immer auch die Entscheidung ausfallen wird, wir haben unsere Pflicht getan, wir haben der Welt unseren Friedenswillen bewiesen. Deutschland trifft keine Schuld, wenn nun trotzdem nicht der Friede kommen sollte!